

Bedrängte Kirche in Schwarzafrika

Seit dem Beginn der siebziger Jahre begegnet die katholische Kirche in mehreren unabhängigen afrikanischen Ländern südlich der Sahara wachsenden Schwierigkeiten in der Gestaltung ihrer Beziehungen zu den Regierungen dieser Staaten. Bereits im Jahre 1967 verwies Guineas Staatspräsident *Sekou Touré* europäische Priester und Ordensfrauen des Landes mit dem Hinweis, daß sie die Afrikanisierung der Kirche verhinderten. Im Dezember 1970 strengte er gegen seinen Landsmann *Raymond-Marie Tchidimbo*, den Erzbischof von Conakry, einen Prozeß an, der durch die Weltpresse ging. Tchidimbo war angeblich an einem „Komplot“ gegen ihn beteiligt und wurde gefangengesetzt und zu lebenslanger Haft verurteilt. Seither sind alle Nachrichten über Tchidimbo verstummt, und es gab Zweifel, ob er noch am Leben sei. Das Bistum wird heute von einem nicht bischöflichen Administrator verwaltet. Jedoch bleibt es nicht bei solchen durchaus unterschiedlich einzustufenden „Zwischenfällen“. In *Somalia*, einem zu 99 Prozent islamischen Land, sollten bereits Ende Januar 1973 sämtliche Missionsstationen geschlossen und alle Missionare ausgewiesen werden. Unter dem Regime des politisch unberechenbaren Generals *Amin* geht die Kirche *Ugandas* mit ihren wichtigen übernational wirksamen pastoralen Einrichtungen einer ungewissen Zukunft entgegen. Ausweisungen von Missionaren werden auch aus anderen Ländern, aus Burundi und Gabun, gemeldet.

Neuer Konflikt in Zaire

Eine besonders akute Konfliktsituation zeichnet sich derzeit jedoch in *Zaire* (im ehemaligen Kongo/Kinshasa) ab. Dort sind nicht nur einzelne kirchliche Persönlichkeiten oder kleinere Gruppen in ihren Wirkungsmöglichkeiten bedroht, sondern die institutionelle Kirche insgesamt. Das Ausmaß dieses Konfliktes könnte als *exempla-*

risch gelten für die Auseinandersetzungen, auf die sich die Kirche in der Zukunft auch in anderen afrikanischen Ländern gefaßt machen muß. Bereits im vorigen Jahr kam es zwischen Kirchen- und Staatsvertretern in Zaire zu schweren Zusammenstößen, in deren Verlauf der Erzbischof von Kinshasa, Kardinal *Joseph Malula*, von Präsident Mobutu der Subversion gegen die Staatsgewalt bezichtigt wurde (vgl. HK, März 1972, 114—116 und HK, Juni 1972, 274—275). Nach einer kurzen Periode der Beruhigung flammte dieser Kirchenkampf zu Beginn dieses Jahres wieder auf, und zwar in weit aus schärferer Form als im Jahr zuvor. Am 8. Februar 1973 ließ die Regierung 31 konfessionelle — in der Mehrzahl katholische — *Zeitungen und Zeitschriften* verbieten. Von dieser Maßnahme sind außerdem noch die protestantischen Kirchen und die unabhängige Kimbangu-Kirche betroffen. Der Staatskommissar für Information begründete diese Verordnung mit der Notwendigkeit der *Zentralisierung aller Massenkommunikationsmittel* durch die Regierung, die die authentische Revolution in Zaire nur dann verwirklichen könne, wenn alle zur Verfügung stehenden Kräfte auf dieses eine Ziel ausgerichtet werden. Damit jedoch die Gewissensfreiheit und die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung gewahrt blieben, könnten diejenigen Bürger, die sich bisher in den suspendierten Zeitungen zu Wort gemeldet hätten, dies fortan im Rahmen der nationalen Presse tun. Zusammen mit der Meldung über das Verbot der kirchlichen Blätter veröffentlichte die in Kinshasa erscheinende Tageszeitung „Salongo“ einen Artikel, der sich gegen die staatsfeindliche Tätigkeit des ständigen Ausschusses der zairischen Bischofskonferenz richtete. Der Ausschuss wurde beschuldigt, im Einverständnis mit dem Apostolischen Nuntius in Zaire, Erzbischof *Bruno Torpigliani*, über den Rektor der Universität von Kinshasa, *Tharcisse Tshibangu*, vom Vatikan Gelder an-

gefordert zu haben, die nach Auffassung der Regierung eindeutig zur subversiven Infiltration und Manipulation von Universitätsprofessoren und Studenten verwendet worden seien. Den Bischöfen wurde vorgeworfen, daß sie die Konterrevolution planten, anstatt über Glaubensfragen zu beraten. „Salongo“ wußte weiterhin zu berichten, daß Staatschef Mobutu im Besitz von kirchlichen Dokumenten sei, die beweisen würden, daß diese Aktion vom Vatikan inspiriert sei. Mobutu nannte dieses Vorgehen gar „satanisch“. Bei den die Bischöfe „belastenden“ Dokumenten handelt es sich u. a. um eine 200 Seiten starke Broschüre, die in Brüssel gedruckt wurde und eine Zusammenfassung der Diskussionen darstellt, die auf den Bischofskonferenzen im April, Oktober und November vorigen Jahres stattgefunden hatten (vgl. *Jeune Afrique*, 24. Februar 1973). Präsident Mobutu versicherte, daß er vor keinem „Opfer“ zurückscheuen werde, um sein „Volk“ und die „Revolution“ zu verteidigen.

Konflikt mit dem Vatikan — Drosselung der Bischofskonferenz

Der beigeordnete Sekretär der römischen Missionskongregation, der afrikanische Erzbischof *Bernardin Gantin*, verglich am 15. Februar 1973 die Situation in Zaire mit einem brodelnden Kessel, von dem man nicht weiß, was aus ihm herauskommt. Die Behandlung, die die Kirche in Zaire augenblicklich erfahre, demütige ihn als Afrikaner ganz besonders. Außerdem stellte er fest, daß die Kirche in Zaire und der Vatikan der zairischen Regierung gegenüber bisher viel Geduld bewiesen hätten. Der Vatikan hat den *Nuntius* inzwischen abgerufen. Er kehrte am 22. Februar 1973 nach Rom zurück, nachdem ihm das Diplomatische Corps in Kinshasa einen großen Abschiedsempfang bereitet hatte. Zuvor hatte Mobutu den Nuntius als Doyen des Diplomatischen Corps in Zaire für abgesetzt erklärt mit der

Begründung, der zairische Botschafter beim Vatikan sei dort auch nicht Doyen. Trotz dieser schon damals bevorstehenden diplomatischen Konsequenzen waren, wie die „Stimme von Zaire“ am 10. Februar 1973 bekannt gab, Kardinal Malula und Bischof *Eugène Moké*, einer der beiden Weihbischöfe von Kinshasa, von Präsident Mobutu persönlich empfangen worden. Die Initiative zu diesem Treffen war von den Bischöfen ausgegangen. Es soll noch in einer „Atmosphäre der Verständigung“ stattgefunden haben (Internationaler Fidesdienst, 24. Februar 73). Am 16. Februar 1973 veröffentlichte die zairische Presseagentur AZAP ein Kommuniqué, aus dem hervorging, daß der Staatskommissar für Information am Tag vorher Weihbischof Moké empfangen hatte. Die Unterredung dauerte eine halbe Stunde und war die Fortsetzung des vorher erwähnten Gesprächs zwischen Moké, Kardinal Malula und dem zairischen Präsidenten. Im Verlaufe der Unterredung zwischen Moké und dem Staatskommissar erklärte letzterer, daß es zwischen Staat und Kirche in Zaire keine Mißverständnisse geben könne. An dem Tag, an dem die Priester und Bischöfe einsehen würden, daß sie in erster Linie Bürger Zaires seien und nicht kirchliche Beauftragte und Würdenträger, werde es keine Meinungsverschiedenheiten mehr im Hinblick auf die zairische Revolution und die Mission der Kirche geben. Er unterstrich besonders, daß auch Priester und Bischöfe Mitglieder der Einheitspartei MPR (Le Mouvement Populaire de la Révolution) seien und daher auch an den Diskussionen und Konferenzen, die die Partei regelmäßig veranstaltet, teilnehmen sollen, um dort ihre Standpunkte über die nationalen Angelegenheiten darzulegen, und zwar im Einklang mit den staatlichen Interessen. Die Entfremdung sowie die Wiederanerkennung traditioneller nationaler Werte und die „nationale Aufwertung“ als politisches Programm soll allen „Kindern Zaires“ zugute kommen, auch den Vertretern der Kirche. Beide Gesprächsteilnehmer hätten, so hieß es in dem Kommuniqué, darin übereingestimmt, daß materielles und

geistiges Wohlergehen der Bürger Zaires von Kirche und Staat innerhalb der Staatspartei verwirklicht werden könnten. Außerdem versprach Weihbischof Moké, mit dem Vorsitzenden der Bischofskonferenz Kontakt aufzunehmen, der dann in einem offiziellen Schreiben an den Staatskommissar um die Aufhebung des Verbotes der 31 kirchlichen Zeitschriften nachsuchen werde (vgl. DIA, 16. 2. 1973).

Doch von solchem Entgegenkommen scheint man weit entfernt zu sein. Denn neueren Meldungen zufolge nimmt sich das Regime vor, auch inner- und zwischenkirchliche Probleme auf seine Weise zu lösen. Nach einer Meldung von La Croix (8. 3. 73) wurde die Zahl von 72 gesetzlich anerkannten protestantischen Gemeinschaften von der Regierung auf 53 reduziert. Aber es wurde auch ein neuer, noch heftigerer Schlag gegen die katholische Kirche geführt, indem trotz aller vorausgegangenen und hier berichteten Gespräche alle Zusammenkünfte der *Bischofskonferenz* und der ihr angeschlossenen Gremien verboten und dem Sekretariat der Bischofskonferenz alle Aktivitäten untersagt wurden. Die Regierung ist allem Anschein nach entschlossen, nach und nach alle nichtstaatlichen Einrichtungen und Organisationen für sich zu vereinnahmen, damit diese ausschließlich „nationalen Interessen“ dienen. Dieser Prozeß kündigte sich bereits deutlich an, als Ende vorigen Jahres alle konfessionellen *Jugendorganisationen* verboten wurden.

Ein Paradox mit großen Folgen

Auffallend an den Auseinandersetzungen zwischen Kirche und Staat, sind nicht nur ihr Ausmaß, sondern auch die Tatsache, daß sich nicht mehr nur ausländisches Kirchenpersonal und einheimische Regierungsmitglieder gegenüberstehen, sondern Landsleute. Europäische Missionare und Schwestern stellen keine so große „Gefahr“ mehr dar, da man sie jederzeit aus-

weisen kann. Die Aktionen von seiten der Regierung richten sich mittlerweile vor allem gegen *afrikanische* Kirchenführer. Sie kann man nicht dadurch außer Gefecht setzen, daß man sie einfach abschiebt. Bemerkenswert ist außerdem, daß die Schwierigkeiten paradoxerweise zu einem Zeitpunkt auftreten, an dem sich die Kirche in Afrika fortschreitend von der geistigen und geistlichen Vorherrschaft des Westens zu emanzipieren bemüht, d. h. sich selber entkolonialisiert. Außerdem war sie nie zuvor so sehr bereit, den jungen Staaten bei ihren Programmen der „Nation-Building“ beizustehen und ihre Dienste dem Staat zur Verfügung zu stellen, wie heute. Das gilt vor allem für den Bereich der Entwicklungshilfe, von der nicht mehr nur in erster Linie die Getauften profitieren, sondern alle Menschen. Afrikanisierung und afrikanische Authentizität sind nicht nur Schlagworte, mit denen politische Parteien operieren, sondern die Kirche hat ihre nachkonziliaren Evangelisationsmethoden unter dieses Motto gestellt. Jedoch sind sich Kirche und Staat hinsichtlich des Verständnisses und der Verwirklichung der Afrikanisierung nicht immer einig. Die Kirche wehrt sich besonders gegen einen *Staatsabsolutismus*, der keine Gegenposition, ja nicht einmal Kritik duldet und zudem dazu neigt, dem Staat und seinen Führern göttliche Kräfte und Unfehlbarkeit zuzuschreiben, damit sich die Afrikaner, ohne die nötige Distanz gewinnen zu können, bedenkenlos mit ihm identifizieren. So werden Regierungs- und Parteiprogramme leicht zu einer Form von *Ersatzreligion*, die lediglich um den nationalen Fortschritt und den Ruhm der Nation kreist.

Es ist immer noch sehr leicht, der Kirche als „importierter Größe“ ihre Existenz streitig machen zu wollen, wobei allerdings die Tatsache, daß die Beziehungen der Kirche zu den ehemaligen Kolonialmächten keineswegs immer rosig waren, übersehen wird. Das gleiche gilt für die Lage der Kirche in den afrikanischen Ländern, die auch heute noch von *Weiß*en be-

herrscht werden. Auch aus Südafrika, Rhodesien, Mozambique und Angola werden laufend Missionare ausgewiesen, weil sie sich offen gegen die dortigen Regime gewandt haben. Solange in den unabhängigen Staaten Afrikas die afrikanischen Kirchenführer die Geschicke der Kirche in ihre Hand nehmen und ihre Anliegen verteidigen, wird es schwer sein, die Kirche

vollständig zum Schweigen zu bringen. So beunruhigend die Lage der Kirche in Afrika zunächst scheint, es gibt genug Stimmen, die in dieser veränderten Lage die Chance sehen, daß die Kirche, wenn die Last so vieler fragwürdiger politischer Rücksichten von ihr genommen ist, ihrer Dienerfunktion in besserer Weise gerecht wird. Ihre Tätigkeit wird vorerst haupt-

sächlich in viel Geduld und Ausdauer erfordernder Kleinarbeit, d. h. bislang vernachlässigter Basisarbeit bestehen, nämlich im Bemühen, die afrikanischen Christen zu verselbständigen. Sie sind möglicherweise in Zukunft die einzige Stütze der einheimischen Hierarchien und die Garanten für den Fortbestand des kirchlichen Lebens in ihren jeweiligen Ländern.

Gesellschaftliche Entwicklungen

Die SED und der Westen

Aufweichungsangst in der DDR?

Die letzten Monate waren in der Perspektive der DDR, genauer in den Augen ihrer Einheitspartei, überaus erfolgreich. Die Ostverträge der Bundesrepublik, das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin und der Verkehrsvertrag sind in Kraft getreten. Der Grundvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR ist unterzeichnet, seiner Ratifizierung steht nach dem Wahlausgang vom November 1972 nichts mehr im Wege. Der kommunistische Teil Deutschlands fährt auf einer internationalen Anerkennungswelle. Noch dieses Jahr wird die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den meisten Staaten der Welt und vermutlich die Aufnahme in die UN folgen.

Diese *außenpolitische Erfolgswelle* stellt das DDR-Regime aber vor die schwierige Aufgabe, die damit zusammenhängenden Zugeständnisse im Verkehr mit dem Westen, insbesondere mit der Bundesrepublik, auch *innen- und ideologienpolitisch* zu verkraften. Kommunistische Führungen haben gegen die „Normalisierung“ staatlicher bzw. zwischenstaatlicher Beziehungen bekanntlich selten etwas einzuwenden, solange sich diese Normalisierung im Rahmen einer klaren Abgrenzung von Machtsphären vollzieht. Sobald aber eine verstärkte Begegnung von Menschen unterschiedlicher Machtblöcke ins Spiel kommt, wächst die Infiltrations- und Aufweichungsangst. Die Aufrechterhaltung politisch-ideologischer Spannungen zwischen Ost und West, insbesondere zwischen der DDR und der Bundesrepublik, ist für sie lebenswichtig. Die Distanz zwischen den Bürgern beider Welten soll deshalb, wo der eigene Systemvorteil gefährdet ist, unbedingt erhalten bleiben.

Seit Monaten bemüht sich nun die SED-Führung um Maßnahmen, die sie gegenüber dem Westen einerseits attraktiver und konkurrenzfähiger, andererseits *weniger verwundbar* machen sollen. An drei Vorgängen läßt sich dies deutlich ablesen: Erstens unternimmt das Regime verstärkte Anstrengungen, um die Versorgungslage der Bevölkerung durch Produktionssteigerung, durch erhöhte Einfuhren und durch die Abwehr wild wuchernder Hamstereinkäufe aus Polen zu verbessern. Nur bei verbesserter Versorgungslage bleibt die DDR westbegegnungsfähig. Eine nicht ständig mit Versorgungsschwierigkeiten kämpfende Bevölkerung wird eher bereit sein, dem System Lichtseiten abzugewinnen und sich den Besuchern gegenüber mit diesem zu identifizieren. Zweitens versucht man gegenüber der Bundesrepublik die in den Verträgen vorgesehenen menschlichen Erleichterungen durch repressive Verwaltungsmaßnahmen zu unterlaufen. Drittens bemüht man sich um eine gründliche *ideologische Selbstzurüstung*, die negativ sichtbar wird in einer teils recht heftigen Kampagne gegen den sogenannten „Sozialdemokratismus“, mit der man den Sympathien für die politische Führung in der Bundesrepublik, insbesondere für den Bundeskanzler, in der eigenen Bevölkerung entgegenwirken will.

Zuflucht zu den „überlegenen geistigen Waffen“

Während die ersten beiden Gruppen von Maßnahmen mehr tagespolitisches Gewicht haben, läßt sich in den Bemühungen um eine striktere ideologische Abgrenzung gegenüber dem Westen eine *langfristige Strategie* erkennen. Dies läßt sich durch eine Reihe von politischen Verlautbarungen und Kampagnen der letzten Zeit untermauern. An erster Stelle ist der Beschluß des SED-Politbüros vom